

Hintergrund: Staat stützt Konzerne

Zu den Großkonzernen, deren Gewinne eingebrochen sind, zählt auch Adidas. Der Umsatz des Konzerns ging im ersten Quartal 2020 um 19 Prozent auf 4,75 Milliarden Euro zurück. Auch der Gewinn schrumpfte, und zwar drastisch - um 93 Prozent auf 65 Millionen Euro. Dabei stehen dem Unternehmen die größten Verluste, die vor allem durch die pandemiebedingte Schließung seiner Läden entstehen, noch bevor. Selbstverständlich erhält Adidas nun staatliche Unterstützung; seit Ende März beziehen 1.200 seiner insgesamt 7.000 deutschen Beschäftigten Kurzarbeitergeld, und die KfW gewährte dem Konzern einen staatlich garantierten Kredit in Höhe von 2,4 Milliarden Euro. Dabei hätte der die Notlage womöglich aus eigener Kraft überwinden können, hätte er nicht Aktien zurückgekauft, um das Angebot zu verknappen und die Dividenden dadurch künftig auf weniger Aktionäre zu verteilen; die hätten dann je einen größeren Teil der Ausschüttung kassiert. Adidas gab laut Recherchen des *Handelsblatts* seit 2018 mehr als zwei Milliarden Euro für Aktienrückkäufe aus. Seine bislang letzten Rückkäufe tätigte er am 16. März, als die Coronakrise längst grassierte.

Muss man akzeptieren, dass der Steuerzahler einen Konzern finanziert, der seine Gelder grade erst im Interesse wohlhabender Aktionäre verschleudert hat? Die Regierungen Dänemarks und Frankreichs meinen: nein. Sie vergeben staatliche Krisenhilfe nur dann, wenn die Empfänger keine Dividenden ausschütten und keine Aktienrückkäufe tätigen. Das ist natürlich kein revolutionärer Schritt, aber wenigstens ein Signal, es mit der Umverteilung von unten nach oben nicht allzu dreist zu treiben. Die Bundesregierung verweigert das - wohl in der Annahme, in Deutschland nicht mit ernsthaften Protesten kämpfen zu müssen. Dabei haben dem *Handelsblatt* zufolge allein im ersten Quartal 2020 deutsche Unternehmen Aktienrückkäufe im Wert von mehr als fünf Milliarden Euro getätigt. Neben Adidas gab etwa Linde im März 700 Millionen Euro dafür aus; Siemens brachte es gar auf 1,2 Milliarden Euro im März und im April. Gleichzeitig schickte der Münchener Konzern 3.000 seiner 116.000 Beschäftigten in der Bundesrepublik in Kurzarbeit: Der Staat zahlt's schließlich gern. (jk)

<https://www.jungewelt.de/artikel/377510.hintergrund-staat-stuetzt-konzerne.html>